
1380/A(E) XXIV. GP

Eingebracht am 22.12.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Schenk, Ursula Haubner
und Kollegen
betreffend Erstellung einer Burnout-Studie

Der Handlungsbedarf zum Thema Burnout wurde bereits im Antrag 823/A(E) erläutert. Einstimmig erkannten die Mitglieder des Gleichbehandlungsausschusses die Bedeutung des Themas, wollten den Antrag aber im Gesundheitsausschuss diskutiert wissen, wo er erwartungsgemäß vertagt wurde.

Da Burnout aber nach wie vor in verschiedenen Gesellschaftsgruppen präsent ist, will dieser Antrag erneut sensibilisieren und zu Taten anregen.

20 bis 30 Prozent aller Beschäftigten zählen zur Burnout-Risikogruppe. Die Krankenstandstage aufgrund psychischer Probleme seien laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger auf zwei Millionen angestiegen - ein Plus von 73 Prozent in zehn Jahren. Laut einer Umfrage der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) ist auch ein Drittel der Wiener Pflichtschullehrer und Lehrerinnen Burnout gefährdet, jeder Zehnte steht sogar kurz davor, „auszubrennen“. Bei AHS-Lehrerinnen und Lehrer ist die Lage ähnlich. Auch Ärzte bzw. Ärztinnen gehören zu den Spitzenreitern, was Burnout angeht. Etwa 25 % aller niedergelassenen Ärzte und 20 % aller Ärzte in Krankenhäusern haben Burnout in den unterschiedlichsten Ausprägungen, fast die Hälfte aller Mediziner gilt als gefährdet. Übrigens sind ebenso viele Krankenschwestern und -pfleger betroffen. Auch im Polizeidienst Tätige gelten als Risikogruppe, ferner auch Schüler und Studenten und Hausfrauen.

Die Studienlage zur Häufigkeit von Burnout bei Frauen und Männern ist unterschiedlich. Während in manchen Untersuchungen höhere Burnout-Raten bei Frauen gefunden wurden, konnte dies in anderen Studien nicht bestätigt werden und dürfte auch stark von der untersuchten Berufsgruppe und dem jeweiligen Land abhängen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, eine aktuelle Studie zum Thema Burnout- unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Situation der Geschlechter- erstellen zu lassen, auf deren Basis weitere Initiativen ausgerichtet werden können, um der Volkskrankheit Burnout entgegenzuwirken.

Das Gesundheitsministerium verwendet Daten aus dem Jahr 2007, die als aktuell angesehen werden (5329/AB). Wie weit dieses Datenmaterial Rücksicht auf verschiedene Berufs- und Gesellschaftsgruppen nimmt, oder in wie fern zwischen Männern und Frauen differenziert wurde, ist unbekannt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Gesundheit ersucht, eine umfangreiche Studie zum Thema Burnout in Auftrag zu geben, welche die unterschiedliche Situation der Geschlechter berücksichtigt.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Gleichbehandlungsausschuss empfohlen.